

Peter Longerich, Goebbels. Biographie, München 2010 (Siedler-Verlag), 910 S.

Gerade einmal zwei Jahre nach seiner voluminösen Biographie Heinrich Himmlers¹ hat Peter Longerich mit „Joseph Goebbels“ erneut eine ähnlich umfängliche Lebensbeschreibung eines der Paladine Adolf Hitlers und führenden Repräsentanten des „Dritten Reiches“ vorgelegt. Die in beiden Büchern verfolgte Absicht nach einer „Verbindung von Lebens- und Strukturgeschichte“² motiviert zunächst die Suche nach Ähnlichkeiten zwischen beiden Personen. Beide waren etwa gleichaltrig (Goeb-

bels um knapp drei Jahre der Ältere), waren Mitte der 1920er Jahre aus dem sozialistisch orientierten Strasser-Flügel der NSDAP hervorgegangen und hatten ab dem Kriegsbeginn 1939 durch Ämterhäufung und sukzessive Kompetenzausweitungen Machtpositionen erworben, die sie gegen Ende des Regimes zu den mächtigsten Figuren des NS-Staates aufsteigen ließen. Was Longerich schon in ähnlicher Weise dem Reichsführer SS attestiert hatte, konstatiert er auch für Goebbels Position im Machtgefüge der Diktatur: „Sie war historisch einmalig, ganz auf seine Person zugeschnitten und von Grund auf durch seine Persönlichkeit geprägt“ (S. 14). Doch gibt es etwas, das eine Biographie des Reichspropagandaministers, anders als im Falle Himmlers, vor besondere methodische Probleme stellt. Es ist dies die Existenz der seit wenigen Jahren vollständig edierten Goebbels-Tagebücher, die, so der Autor, die „Grundlage dieser Biographie und eine der Hauptquellen des ‚Dritten Reiches‘“ bilden. Besonders durch sie sei Goebbels „der wichtigste interne Chronist des Nationalsozialismus und seines ‚Führers‘ von der Wiedergründung der Partei 1924/25 bis zum Ende des Regimes“ geworden (S. 15). Longerich diskutiert eingehend ihren historischen Quellenwert für die Zwecke einer kritischen Biographie und plädiert für einen vorsichtigen Umgang im Lichte der „Persönlichkeit des Propagandaministers und seiner Ambitionen“ (ebd.). Namentlich sieht er sich vor der Herausforderung, angesichts der überbordenden Fülle von Selbstzeugnissen „die narzistisch bestimmte Selbstdeutung des Autors zu durchbrechen“ und das „von Goebbels entworfene Selbstbild zu dekonstruieren“ (S. 13), was nur durch den ständigen Abgleich der Tagebücher mit anderen historischen Quellen gelingen könne.

Dem Beginn der ersten Tagebucheinträge vom Oktober 1923 entsprechend beginnt Longerich seine Biographie in jenem dramatischen Krisenherbst der Republik, in dem auch sein Protagonist von einer heftigen, durch depressive Schübe geprägten Lebenskrise befallen ist. Der junge Goebbels der Jahre vor dem Eintritt in die NS-Bewegung seiner rheinischen Heimat wird uns als ein

1 Manfred Zeidler, Rezension zu: Peter Longerich, Heinrich Himmler, München 2008. In: TD, 6 (2009), S. 132-137.

2 Longerich, Himmler, S. 759.

politisch heimatloser, teils romantisch-schwärmerischer, teils vom religiösen Glaubensverlust gepeinigter Gott- und Sinnsucher geschildert, den jedoch schon in diesen frühen Jahren unverkennbar eines auszeichnet. Es ist eine offenbar frühkindlich bedingte narzistische Persönlichkeitsstörung, die ihn nach Anerkennung durch andere streben und zur Festigung seiner instabilen Persönlichkeit nach Identifikations- und Führerfiguren suchen lässt, denen er sich ohne jede kritische Distanz rückhaltlos verschreiben kann. Wiederum, wie schon im Falle Himmlers, hat Longerich eine Gruppe Hamburger Psychoanalytiker mit zu Rate gezogen, um die Persönlichkeitsstruktur seines biographischen Gegenstands auch im Spiegel der klinischen Psychologie auszuloten.

Gewiss sind Goebbels Tagebuchaufzeichnungen als Dokumentationen seines eigenen Erfolges im Lichte seiner Persönlichkeitsdefekte eine mit Vorsicht zu benutzende Quelle im Hinblick auf die wirkliche Rolle des Schreibers im nationalsozialistischen Machtgefüge und der tatsächlichen Erfolge seines Wirkens innerhalb seines Aufgabenbereichs („Der Tagebuchschreiber war nicht nur Chronist, sondern zugleich Journalist, Autor und Dichter [...]“, S. 16). Trotzdem bleibt die Frage nach seinen objektiven „Leistungen“, gegebenenfalls Erfolgen auf seinem spezifischen Gebiet der propagandistischen Meinungslenkung und Stimmungsführung evtl. auch der kulturellen Geschmacksbildung des deutschen Medienpublikums zu stellen.

Zum einen lesen wir bei Longerich: „Wer immer nach einer Erklärung des Phänomens sucht, warum die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung sich so offenkundig eng an das NS-System band, wird an Joseph Goebbels nicht vorbei kommen“ (S. 13). An anderer Stelle heißt es, es sei „Goebbels nicht darum [gegangen], durch eine mehr oder weniger intensive Propaganda bei einer Mehrheit der Bevölkerung Zustimmung für die nationalsozialistische Politik hervorzurufen, sie zu überzeugen oder zu verführen“. Eine „nahezu nahtlose Übereinstimmung von Volk und politischer Führung“ bewirkt zu haben, sei ein selbstentworfenes Bild, eine „selbst angestregte Legendenbildung“, die es im Lichte seiner narzistischen Persönlichkeitsstruktur zu entschlüsseln gelte (S. 680). Auch habe er, „Bemühungen, den Nationalsozialismus im Theater oder im Musikleben massiv Einzug halten zu lassen, [...] nach einigen Anläufen nie ernsthaft weiterverfolgt“ (ebd.). Handelt es sich also nach objektiven Maßstäben um eine Erfolgsgeschichte oder um eine Misserfolgsgeschichte im Hinblick auf die systemstabilisierende Wirkung seiner propagandistischen Tätigkeit? Eine eindeutige Antwort darauf ist bei Longerich nicht auszumachen. Natürlich war Goebbels kein Vertreter eines bigotten völkischen Purismus, wie ihn der Kreis um Alfred Rosenbergs „Kampfbund für deutsche Kultur“ repräsentierte, sondern Verfechter eines an Massenwirkung und Erfolg orientierten Pragmatismus, der zwangsläufig eine Streuung auch des kulturellen Angebots entsprechend den schichtenspezifischen Geschmackspräferenzen einer modernen, sozial differenzierten Gesellschaft vornehmen mußte. Es ging ihm gar nicht um die positive Bestimmung dessen, was den Inhalt einer spezifisch nationalsozialistischen

Kunst und Kultur ausmachen sollte. Sein Ziel erschöpfte sich in dieser Hinsicht im Negativen, d. h. in der Bestimmung dessen, was künftig auf Dauer keinen Platz mehr haben sollte, was sich letztlich auf eine Verbannung der künstlerischen Avantgarde aus dem deutschen Kulturbetrieb reduzierte. Dass ein solcher Art begrenzter Pluralismus in den Augen völkischer Ideologen einen unakzeptablen Kompromiss darstellte, der einem ideologischen Rückzug des Nationalsozialismus an der kulturpolitischen Front gleichkam, kann nicht verwundern. Es war der ideologisch gebremste Pragmatismus, der sich vor allem im Verlauf der Kriegsjahre nicht nur im Kompetenzbereich des Reichspropagandaministers gegen die ‚reinen Ideologen‘ des Regimes zunehmend durchsetzte und mit erklärt, warum Goebbels als ein Exponent des technokratischen Pragmatismus in den letzten Jahren der NS-Herrschaft zu den Gewinnern der Rivalitätskämpfe innerhalb der nationalsozialistischen Führungsriege zählte („Je mehr das ‚Dritte Reich‘ dem Untergang entgegen ging, desto mächtiger wurde Joseph Goebbels“, S. 641). Dass auch er nie der unumschränkte Herrscher über seine Kompetenzbereiche war, sondern sich stets mit eifersüchtigen Konkurrenten konfrontiert sah, beschreibt keine spezifische Situation von Goebbels, etwa im Sinne einer Schwäche seiner Position, sondern war ein Strukturelement der Hitler’schen Führerherrschaft, mit dessen Auswirkungen sich auch andere Paladine herumschlugen. Dasselbe gilt für seine Kenntnis über Hitlers jeweilige politische Pläne und Vorhaben, in die er, wie Longerich betont (S. 688), oft gar nicht oder erst sehr verspätet eingeweiht wurde. Auch in diesem Punkt teilte er durchaus das Schicksal anderer Machträger denen es ähnlich erging. Der ‚Führer‘ regierte bekanntlich spätestens seit 1937 ohne Kabinett oder irgendein anderes kollegiales Beratungs- und Beschlussorgan, sondern pflegte seine einsamen Entschlüsse, nach taktischen Gesichtspunkten dosiert, seinen Paladinen einzeln mitzuteilen. Selbstredend war Goebbels auch kein enger politischer Ratgeber Hitlers (ebd, vgl. S. 455.), sondern ein im Wesentlichen auf seine Sachaufgabe beschränkter Funktionsträger. Doch wer aus dem Kreis der übrigen Machträger war, von punktuellen Sachfragen abgesehen, je der „engste“ oder auch nur „vertraute“ politische Ratgeber jenes Egomane an der Spitze des „Dritten Reiches“? Nicht einmal Göring und Himmler konnten solches für sich beanspruchen.

Im zweiten Teil seiner Biographie, der die Kriegsjahre beschreibt („Krieg – totaler Krieg – totaler Untergang“), behandelt Longerich Goebbels sowohl propagandistische wie auch organisatorische Rolle bei der Forcierung des „totalen Krieges“, die schließlich, wenngleich erst sehr spät, kurz nach dem 20. Juli 1944, in seiner Ernennung zum „Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz“ gipfelte, dem nach langem und zähem Ringen, wie er selber im Tagebuch vermerkte, „wahrscheinlich größten Erfolg meines Lebens“ (S. 633). Parallel zu den organisatorischen und kriegswirtschaftlichen Aufgaben, die mit diesem Amt verbunden waren, das Goebbels offenbar als integralen Bestandteil einer innenpolitischen Kriegsdiktatur angesichts des sich von den politischen

Aufgaben zunehmend absentierenden Hitler verstand, liefen die täglichen Herausforderungen an der Propagandafront weiter. Seit 1942 war es vor allem der alliierte Luftkrieg, der sich zum Kardinalproblem der deutschen Innenpolitik zu entwickeln begann und den für die Pflege der Stimmung an der Heimatfront verantwortlichen Minister einerseits vor enorme Herausforderungen stellte, ihm aber gleichzeitig im Rahmen seiner zivilen Luftschutzzuständigkeiten gemäß eigener Wahrnehmung einen Popularitätsschub bescherte („dass meine Stellung innerhalb des deutschen Volkes außerordentlich gestiegen ist“, S. 580). Des Weiteren verweist Longerich auf Goebbels kriegssozialistische Rhetorik im Vorfeld seiner Totalisierungsbestrebungen seit 1942 („Der Krieg als soziale Revolution“, S. 537) und behandelt seine aktive Rolle bei der zunehmenden Radikalisierung der „Judenpolitik“ des Regimes sowohl als Propagandist als auch als Gauleiter der Reichshauptstadt. Vieles andere, wie sein kulturpolitisches Hauptstadt-Duell mit seinem Wiener Gauleiter-Rivalen v. Schirach oder, von allgemeinerer Bedeutung, das im Verlaufe des Krieges maßgeblich vom Berliner Gauleiter geförderte Ausgreifen der Partei auf immer mehr Felder der staatlichen Verwaltungstätigkeit bliebe zu erwähnen. Eine besondere Aufmerksamkeit widmet der Autor dem spannungsreiche Privatleben des Ehepaars Goebbels, und seiner offenbar besonderen emotionalen Beziehung zu Hitler. Longerich spricht von einer „Dreiecksbeziehung“ und vermerkt akribisch alle Anlässe und Termine, die Hitler und „Magda“ allein verbrachten. Weil der „Führer“ die Öffentlichkeit zunehmend mied und sich in seine Hauptquartiere flüchtete, rückte mit dem näherkommenden Kriegsende sein Propagandaminister mehr und mehr in die Rolle des Repräsentanten des NS-Regimes in der Öffentlichkeit („Haupt- und Staatsredner des Regimes“, S. 548), jedoch ohne dass es ihm gelungen wäre, eine wirkliche Stellvertreterrolle einzunehmen (S. 684).

Am Ende sei noch auf einen Komplex eingegangen, dem auch der Biograph eine besondere Aufmerksamkeit widmet. Er betrifft Goebbels Haltung zu den Chancen einer Beendigung des Krieges, zumindest des von ihm als aussichtslos erachteten Zwei-Fronten-Krieges, durch eine politische Initiative von deutscher Seite, auf die er seit dem Sommer 1943 verstärkt zu drängen begann. Longerich schreibt in diesem Zusammenhang (S. 645): „Goebbels hatte sein gesamtes politisches und persönliches Gewicht in die Waagschale geworfen, um Hitler zu einer Friedensinitiative in Richtung Sowjetunion zu bewegen. Es scheint, dass Hitler diesen Vorstoß vollkommen ignoriert hat.“ Wenige Seiten später nennt der Autor die Ardennenoffensive vom Dezember 1944 „die letzte große deutsche Offensive des Zweiten Weltkriegs“ (S. 653), an deren Erfolg Hitler Erwartungen auf eine politische Wirkung bei der alliierten Kriegskoalition geknüpft habe. Stimmt das wirklich? Wie Longerich zurecht bemerkt, war Hitler auch in der letzten Kriegsphase kein „illusionärer Traumtänzer“ (S. 657), sondern kalkulierte durchaus realistisch die Chance, durch eine letzte militärische Kraftanstrengung, die an einer der Fronten einen militärischen Erfolg wenigsten im operativen Maßstab in Aussicht stellte, doch noch zu einem Verhandlungsarran-

gement mit der einen oder anderen Seite zu kommen. Interessant ist, dass, wie Longerich selbst schildert, Goebbels „Anfang März [1945] zu seiner Überraschung erfahren [musste], dass Hitler nun nicht mehr im Westen, sondern im Osten die größeren Chancen für einen Sonderfrieden sah“ (S. 663). Es war genau jener 4. März 1945, d. h. keine 48 Stunden bevor die im Januar d. J. von der Ardennenfront abgezogenen motorisierten Eliteverbände der Waffen-SS gegen den Rat des Heeresgeneralstabs zu ihrer Großoffensive im westungarischen Raum auf Budapest und den südlich davon gelegenen Donauabschnitt antraten (Unternehmen „Frühlingserwachen“). In einem seiner letzten Briefe an Präsident Roosevelt hat Stalin selbst diese mit den letzten nennenswerten Panzerreserven des Reiches durchgeführte Operation als „einen der schwersten Angriffe des ganzen Krieges“ bezeichnet, bei dem es Marschall Tolbuchin nicht zuletzt dadurch gelungen sei, eine militärische Katastrophe abzuwenden, dass ihm der deutsche Angriffsplan noch in letzter Stunde zur Kenntnis gelangte.³ Auch die nach dem Scheitern der Offensive vom Diktator höchstselbst demonstrierte symbolische Demütigung seiner SS-Verbände (Ärmelstreifenverbot) scheint dafür zu sprechen, dass erst mit diesem letzten, an einem für einen motorisierten Großangriff besonders geeigneten Frontabschnitt Hitler seine letzte Hoffnung auf eine Verhandlungschance in der einen oder anderen Richtung der alliierten Koalition begrub. Damit hätte Joseph Goebbels bei seinem ‚Führer‘ bei dessen allerletztem Versuch doch noch Gehör gefunden.

Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, 60389 Frankfurt a. M.



Bogdan Musial, Stalins Beutezug. Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht, Berlin 2010 (Propyläen-Verlag), 506 S.

Zwei Jahre nach seiner Studie „Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen“ legt der polnische Autor in äußerlich gleicher Aufmachung und gewissermaßen als zeitliche Fortsetzung derselben sein Buch unter dem wiederum ähnlich plakativen Titel „Stalins Beutezug“ vor. Wie schon dort, so auch hier, neigt Musial zu ausgesprochen holzschnittartigen Thesen, die aus einer Deutung nationalsozialistischer und sowjetrussischer Politik ganz im Lichte ihrer totalitären Ideologien gespeist sind. Es mag sein, dass die spürbare Verbundenheit mit dem tragischen Schicksal seines polnischen Heimatlandes im 20. Jahrhundert eine Sichtweise erklärt,

³ Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, Berlin (Ost) 1961, Dok. Nr. 288, S. 705 (7. April 1945).

die die Völker des ost-mitteleuropäischen Raumes als alleingelassene Opfer zweier totalitärer Systeme, des deutschen Nationalsozialismus wie des Kommunismus Stalin'scher Prägung, begreift. Des Autors Frontstellung richtet sich gleichermaßen gegen deutsche „Revisionisten“, die einen gegen seinen Willen in den Krieg getriebenen Hitler erkennen wollen, wie gegen jene „neosowjetische Geschichtsschreibung“ inner- wie außerhalb des heutigen Russland, die das Bild eines „pazifistischen“ oder zumindest „defensiv“ agierenden Stalin zu verbreiten versuchen (S. 22 f.). Musial setzt dagegen: Bar aller taktisch bedingter Wendungen hätten die beiden ideologischen Antipoden den großen Krieg von Beginn an gewollt und unablässig forciert: Hitler seinen gen Osten gerichteten Eroberungskrieg im Vollzug seines rassistisch-völkischen Lebensraumprogramms aus den 1920er Jahren, Stalin seine ursprünglich von Michail Tuchatschewski entworfene „Konzeption des revolutionären Vernichtungskrieges gegen den Westen“ (vgl. Kampffplatz Deutschland, S. 462 u. 372). Allein durch die Ideologien der beiden Systeme war der deutsch-sowjetische Krieg vorprogrammiert und, so der Autor im Fazit seines aktuellen Buches (S. 375): „Stalin war nicht kriegsparanoid, sondern kriegsbesessen, ähnlich wie Hitler“. Beide Regime, so könnte man Musials Sichtweise auf einen knappen Nenner bringen, arbeiteten einander zu; dies sowohl in der Phase ihrer Zusammenarbeit als auch in der ihrer Konfrontation, wobei Stalin am Ende als der doppelte Nutznießer erscheint. Zum einen, so lesen wir, war es „bis zum Juni 1941 die Lieferung deutscher Maschinen und Anlagen im großen Stil gewesen, die den Aufbau der sowjetischen Schwer- und Rüstungsindustrie überhaupt erst ermöglicht hatte“ (S. 9), zum anderen bescherte die seit 1945 anfallende Kriegsbeute „der UdSSR einen Modernisierungsschub, den sie aus eigenen Kräften niemals erreicht hätte“. Ergänzend hinzu kam noch „die grandiose Ausbeutung der unterworfenen Länder Mittel- und Osteuropas [als] einer weiteren Folge des Sieges über Deutschland“, womit dem Land nach 1945 erst der Weg zur Supermacht eröffnet worden sei (S. 10).

Diese angesichts ihrer Fixierung auf externe Elemente doch recht monokausale Erklärung mit Daten und Fakten zu belegen, versucht das in vier Teile gegliederte Buch, insbesondere in seinem letzten Teil, der mit dem Titelstichwort „Demontagen“ überschrieben ist. Ihm gewissermaßen vorgeschaltet sind die drei Teile „Kriegswirtschaftliche Aspekte des Hitler-Stalin-Angriffspaktes [sic]“, „Mobilisierung der sowjetischen Kriegswirtschaft und Gesellschaft“ sowie „Die Deutschlandpolitik Stalins nach dem 22. Juni 1941“. In diesen weit über zwei Drittel des Gesamtumfangs einnehmenden „Vorschaltkapiteln“ handelt Musial Themen ab, die, streng genommen, mit dem Hauptanliegen seines Buches, eigentlich nichts, bestenfalls vielleicht peripher, zu tun haben. Es geht darin um Grundlinien Stalin'scher Innen- und Außenpolitik, ergänzt um wirtschafts- und industriepolitische Aspekte. Im Mittelpunkt stehen, in extenso ausgebreitet, die staatsterroristischen Methoden, mit denen das Regime seine Entwicklungsziele

verfolgte und „Feinde“ jedweden, willkürlich bestimmten Couleurs gewalttätig ausschaltete.

Offenkundig ist es dem Autor besonders wichtig, diese Dinge, d. h. Stalins Methoden im eigenen Land herauszustellen, bevor er sich seinem eigentlichen Thema, wie ihn das Buch im Untertitel benennt („Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht“), zuwendet. Zunächst behandelt Musial die Entwicklung von Moskaus Reparationsprogramm im Laufe des Jahres 1944, die organisatorische Vorbereitung der Beuteerfassung und -sicherung, ihrer Frontorgane sowie des Sonderkomitees für Demontagen und spricht von einem „Demontageprogramm [...], das einmalig in der Weltgeschichte sein dürfte und das noch dazu zum großen Teil realisiert wurde“ (S. 256). Sehr zurecht weist er mehrfach darauf hin, dass, was lange bekannt, jedoch oft vergessen wird, die UdSSR alle bis zum Stichtag des 2. August 1945, dem Schlußtag der Potsdamer Konferenz, in ihren Besitz gebrachten deutschen Eigentumswerte jedweder Art, ob auf dem Reichsterritorium von 1937 oder außerhalb desselben, als Kriegsbeute verbuchte, die das eigentliche Reparationskonto von 10 Milliarden Dollar noch nicht belastete. Erst danach begannen die Demontagen im Sinne einer Reparationsleistung, deren Entnahme sich wesentlich auf die eigenen Besatzungszonen in Deutschland und Österreich konzentrierte und die das vorausgegangene Kriegsbeuteaufkommen vom Umfang her nur geringfügig übertraf.

Kann Musial den selbstgesetzten Anspruch einlösen, die Kriegsbeute und die namentlich auf deutschem Boden bis in die 1950er Jahre hinein betriebenen Industrie- und Verkehrsdemontagen als Ursache für das sowjetische Wirtschaftswachstum nach 1945 und als notwendige Voraussetzung für den Einstieg des Landes in eine militärische und rüstungstechnologische Weltmachtrolle zu erklären? Er präsentiert dem Leser akribisch eine Fülle statistischer Daten aus den Aktenbeständen der von ihm besuchten Moskauer Archive – ein listenmäßig strukturiertes Zahlenmaterial zu konfiszierten und abtransportierten Gütern aller Art, dessen Lektüre zuweilen ermüdet. Am Ende konzentriert sich das Resultat in zwei ca. 15 Seiten umfassenden Schlusskapiteln unter den Überschriften: „Die Beuteausrüstungen und das Wirtschaftswachstum in der UdSSR nach 1945“ sowie „Das sowjetische Wirtschaftswunder nach 1945“, ergänzt um 7 (Nr. 16–22) von insgesamt 22 Tabellen eines statistischen Anhangs. Letztlich kann die Frage, inwieweit wesentlich deutscher Ausrüstungs- und Technologieimport durch Kriegsbeute und Reparationen sich direkt in ein verstärktes Wachstum der Produktion und in qualitativ bessere Güter umsetzte, nur an Beispielen auf der Mikroebene „vor Ort“, d. h. einzelner Betriebe, Kombinate oder hochspezialisierter Branchensektoren überzeugend geklärt werden. Musial bleibt nur, nach industriellen Sektoren klassifizierte Makrodaten zur Maschinen- und Geräteausstattung der Sowjetindustrie des Jahres 1945 zu den entsprechenden Beute- und Demontage-„Einfuhren“ aus Deutschland in Beziehung zu setzen, um daraus im Hinblick auf branchenspezifische Wachstumsschübe

Schlüsse zu ziehen. Er konstatiert „trotz enormer Verschwendung“ – ein eigener Abschnitt behandelt an Hand von Fallbeispielen gravierende Missstände bei Transport, Lagerung und Verwertung demontierter Industrieanlagen – einen entscheidenden Beitrag zum Wachstum der sowjetischen Wirtschaft nach 1945 (S. 352, ähnlich 359) und kann sich dabei auf ähnliche Urteile russischer Autoren aus jüngster Zeit berufen (S. 367). Mögliche innere Wachstumsimpulse der Sowjetwirtschaft zu diesem Zeitpunkt, etwa durch die Nutzung industrieller Überkapazitäten, die Umstellung von Kriegressourcen auf Friedensverwendung oder die wirtschaftlichen Auswirkungen der US-amerikanischen Lend-Lease Hilfe, Musial behandelt sie auf knapp zwei Seiten, über das Kriegsende hinaus, bleiben dabei so gut wie unberücksichtigt. Nebenbei bemerkt, wäre in diesem Zusammenhang ein analoger Vergleich mit der volkswirtschaftlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten vor und nach 1945 durchaus von Interesse. Auf längere Sicht jedoch sicherten aufgrund nachlässiger Wartung und hoher Abnutzung des fremden Maschinenparks „die demontierten Anlagen und die Ausbeutung der unterworfenen Länder kein dauerhaftes Wirtschaftswachstum“, wie Musial bilanzierend betont (S. 367).

Ihre Wirkung war, zumindest für den zivilen Sektor der Sowjetwirtschaft, eher die eines Strohfeuers, das schon zu Mitte der 1950er Jahre erlosch. Abschließend zitiert der Autor das Urteil des französischen Sowjetexperten Alain Besancons aus dem Jahre 1980, wonach die sowjetische Wirtschaft allein von sich aus nicht wachsen könne, da sie über keine inneren Wachstumsimpulse verfüge. Sie müsse vielmehr „immer weitere wirtschaftlich höher entwickelte Gebiete erobern und sie ausbeuten, um überleben zu können“ (S. 369).

Insgesamt gesehen, hat Musial eine gewiss beachtenswerte Arbeit vorgelegt, bei der man jedoch wie bei grundsätzlich allen wesentlich auf Statistik gegründeten Studien in Abgrenzung zu anderen, wie erwähnt, auch möglichen Einflussgrößen einige begleitende methodische Überlegungen zur Bedeutung und Aussagekraft der herangezogenen Daten erwarten sollte. Störend wirken einige Verschreibungen oder missverständliche bzw. sprachlich holprige begriffliche Übertragungen ins Deutsche: Kusnezowo, statt Kunzewo (S. 76), Arbeiterbataillone, anstatt Arbeitsbataillone (S. 276 ff.), Osteuropaministerium (S. 319) (= Ministerium für die besetzten Ostgebiete) oder „Oberster Hauptkommandierender“ (S. 79) (= Oberster Befehlshaber, bzw. Höchstkommmandierender). Auch über die Erstveröffentlichung zentraler Dokumente zum Thema lässt sich gewiss streiten; so jener Befehl Nr. 7558 des Staatlichen Verteidigungskomitees (GKO) vom 20. Februar 1945 – sicher ein Schlüsseldokument zur Festlegung der neuen polnischen Westgrenze wie zur wirtschaftlichen Behandlung der Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie durch die Sowjetregierung und ihre Besatzungsorgane (S. 447, Anm. 189). Musiol datiert die russischsprachige Erstveröffentlichung („im vollen Wortlaut“) auf das Jahr 1999. Eine nur die wirtschaftlichen – nicht die sicherheitspolizeilichen – Bestimmungen des Dokuments wiedergebende polnischsprachige Version hat Euzebiusz Basinski bereits 1977

publiziert (zusammen mit Ryszard Nazarewicz nochmals 1987). Der vollständige russische Text findet sich schon 1994 im Rahmen der Dokumenten-Publikation „Russkij Archiv“ des Moskauer Terra-Verlags (Velikaja Otecestvennaja, Band 3,1: SSSR i Pol'sa 1941–1945. K istorii voennogo sojuza, Dok. Nr. 55).

Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, 60389 Frankfurt a. M.



Nadine H. Pahlke, Täterinnen im Nationalsozialismus. Ein kriminologischer Erklärungsversuch, Baden-Baden 2009 (Nomos), 189 S.

Obwohl mittlerweile viel Zeit und Mühe in die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen investiert wurde, scheint das Begreifen dieses dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte auch mehrere Jahrzehnte nach den Geschehnissen noch nicht bzw. vielleicht sogar niemals abschließend möglich. Wie aus normalen Familienvätern, die am Abend in den Schoß der Familie zurückkehrten, tagsüber Überbringer des Todes werden konnten, die lediglich ihre „Arbeit“ verrichteten, ist bis heute nur schwer zu ergründen. Die Gedankenlosigkeit bei der Ausübung des scheinbar normalen Berufs als Aufseher, Arzt oder dergleichen in den Todeslagern, das Abtreten der Verantwortung auf die nächsthöhere Ebene der Befehlskette, die Berufung auf den Umstand, bloß gesetzestreu und pflichtbewusst gehandelt zu haben, sowie die Einstellung, in der Tötung Unschuldiger lediglich einen bürokratischen Akt zu sehen, ließ Hannah Arendt anlässlich des Eichmann-Prozesses von der „Banalität des Bösen“ sprechen. Die Banalität der nationalsozialistischen Täter äußert sich eben in deren erschreckender Normalität; keineswegs müssen diese als Dämonen oder Ungeheuer gelten.

Wie verhält es sich jedoch mit den nationalsozialistischen Täterinnen, d. h. Krankenschwestern, Ärztinnen, Fürsorgerinnen und Aufseherinnen im Getriebe der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie? Wie konnten aus ganz normalen und sozial unauffälligen Frauen Täterinnen eines Verbrecherregimes werden? Ist es überhaupt sinnvoll, eine geschlechterspezifische Differenzierung vorzunehmen oder lassen die unmoralischen und verwerflichen Taten keine Unterscheidung zwischen Mann und Frau zu? Diesen Fragen widmet sich die vorliegende Dissertation von Nadine Pahlke, die sich anschickt, einen Beitrag zum Verständnis der NS-Massenverbrechen zu liefern.

Die Autorin geht davon aus, dass die bisher vorliegenden soziologischen, sozialpsychologischen, politologischen und kriminologischen Erklärungsversuche sich vorrangig darauf konzentriert haben, zu erklären, wie und warum männliche Täter in bestimmten Situationen zu Mördern werden konnten. Wes-

halb auch und ausgerechnet Frauen an den Mordaktionen teilgenommen haben, sei bislang zu wenig berücksichtigt worden. Um dies zu klären, betrachtet Pahlke zunächst die Stellung der Frau im Nationalsozialismus und ihre Verstrickung in die Untaten des Regimes. Frauen waren als Ärztinnen und Krankenschwestern am Euthanasieprogramm sowie an Menschenversuchen und der Aussonderung der zu Tötenden in den Konzentrations- und Arbeitslagern beteiligt. Als Fürsorgenden im sozialen Bereich dienten ihre Berichte den Behörden als Legitimation zur Sterilisation, Abtreibung oder Entmündigung der als „rassisch minderwertig“ Bezeichneten sowie zu deren Einweisung in Anstalten und Lager. Innerhalb der Lager, insbesondere in den Frauenkonzentrations- und Jugendschutzlagern, misshandelten Frauen Häftlinge, ließen Tausende aufgrund unterlassener Hilfeleistung und Versorgung dahinsiechen oder schickten sie in einen qualvollen Tod. Zudem arbeiteten Frauen auch in den Verwaltungsbehörden des Reiches, die dazu dienten, den Massenmord vorschriftsmäßig durchzuführen. Insgesamt ist das Handeln der Frauen – dies wird bereits im ersten Kapitel deutlich – qualitativ kaum vom Mordhandwerk der Männer zu unterscheiden. Nur quantitativ ist der Unterschied beträchtlich, was darauf zurückzuführen sei, dass, entsprechend des Rollenbildes der Frau im Nationalsozialismus, diese in der Vernichtungsmaschinerie unterrepräsentiert waren und die männliche Täterschaft daher mengenmäßig überwiegt.

Sodann diskutiert Pahlke die Erklärungsansätze für die NS-Täterschaft des Mannes. Eine Auseinandersetzung mit den Tatmotiven, den Tatsituationen sowie mit den unterschiedlichen Mentalitäten der Täter, wie sie beispielsweise durch Christopher Browning, Stanley Milgram, Philip Zimbardo oder dem Ehepaar Mitscherlich erfolgte, ermöglicht es der Autorin, einige Faktoren zur NS-Täterschaft zu extrahieren. So spiele etwa die Gruppendynamik eine erhebliche Rolle. Der Drang zum Konformismus innerhalb der Gruppe, um nicht ausgeschlossen zu werden oder als Verräter zu gelten, sei hoch gewesen. Hinzu kämen die Isoliertheit in feindlichem Gebiet und die damit verbundene fehlende Nähe zum sozialen Umfeld in der Heimat, welches, wie Pahlke glaubt, als moralisches Korrektiv von nicht zu unterschätzender Bedeutung sei. Vor allem während des Krieges im Osten sei dies nicht mehr gegeben, das Bekenntnis zur Gruppe und zu deren Taten nahezu unausweichlich gewesen. Unter dem Gruppendruck sei „eine eigenständige, nationalsozialistische Normwelt“ (S. 78) entstanden, die sich von der in der Heimat signifikant unterschieden hätte. Nur so könnten die Verbrechen von „ganz normalen Männern“ (Browning) erklärt werden, die zuvor niemals mit der systematischen Tötung von Menschen in Berührung gekommen waren. Die soziale Distanz zu den Opfern sei dadurch besonders groß gewesen, so dass Handlungen begangen worden wären, die selbst von den Tätern im Rückblick nicht mehr begriffen werden könnten. Ferner geschah dies in einem von Propaganda durchwirkten Milieu, welches die Verbrechen gedeckt, gefördert oder gar gefordert hätte. Indem Individuen, weil sie einer bestimmten Bevölkerungsgruppe angehörten, das Mensch-Sein abgesprochen

wurde, sei die Identifizierung oder das Mitleid mit den Opfern vermindert oder sogar verhindert worden. Die Verantwortung für begangene Taten habe sich so auf übergeordnete Instanzen übertragen lassen. Die Taten selbst seien wiederum, unter Bezugnahme auf die herrschende Ideologie, gar direkt gerechtfertigt worden. Darüber hinaus hätten das arbeitsteilige Vorgehen und die Bürokratisierung der Verbrechen zu einem Bewusstsein der vermeintlichen Hilflosigkeit und Unfähigkeit geführt, als Einzelner überhaupt etwas verhindern zu können. Die Brutalisierung im Verlauf des Krieges hätte die Hemmungen zusätzlich reduziert.

Nun hält Pahlke aber fest, dass diese Erklärungsversuche eben nicht auch auf weibliche Täterschaft hin ausgerichtet seien, sondern vermeintlich allein die Täterschaft des Mannes erklären könnten. Um die Verbrechen von Frauen im Nationalsozialismus zu verstehen, müssten die quantitativen und qualitativen Besonderheiten der Frauenkriminalität diskutiert sowie Theorien zur Erklärung weiblicher Kriminalität herangezogen werden. Unter Berücksichtigung einer Erkenntnis, die die Autorin bereits zuvor gewonnen hat, nämlich dass die qualitativen Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Tätern bei der Beteiligung an den Verbrechen unerheblich seien und der Tatsache, dass die zuvor diskutierten Ansätze nicht geschlechtsspezifisch ausgelegt werden müssen, sondern ebenso als Theorien zur NS-Täterschaft im Allgemeinen gelesen werden können, erscheint die Notwendigkeit der sich anschließenden Kapitel nicht unmittelbar einleuchtend. Dass diese geschlechtsneutrale Leseweise durchaus möglich ist, legt die Autorin selbst nahe, da sie anmerkt, dass das sog. Milgram-Experiment – bei dem eine Testperson den Befehl erhält, anderen Menschen Schmerzen zuzufügen – auch mit weiblichen Testpersonen durchgeführt worden ist. Das Ergebnis war, dass Frauen zwar unter größerer Anspannung litten, aber ebenso gehorsam gegenüber Autoritäten und Befehlen reagierten wie Männer. Es kommt daher auf die Tatsituation an, nicht auf die geschlechterspezifischen Eigenschaften des Täters oder der Täterin. Dies legen die Theorien zur NS-Täterschaft nahe. Wie vermag man sonst zu erklären, wie aus ganz „normalen“ Männern mörderische Verbrecher werden konnten, wenn es mehr auf die Disposition des Täters ankommen würde als auf die Tatsituation?

Wie Arendt hervorhob, zeichneten sich viele nationalsozialistischen Verbrecher nicht durch eine zu erklärende Abnormität, sondern vielmehr durch ihre erschreckende Normalität aus. Dies gilt offenbar sowohl für Männer als auch für Frauen. Zudem stellt sich die Frage, ob es überhaupt sinnvoll erscheint, kriminologische Theorien zur Täterschaft der Frau auf die Verbrechen des Nationalsozialismus anzuwenden. Wo das Verbrechen geradezu zur Norm erhoben wurde, müssen kriminologische Theorien zur Erklärung von Verbrechen, die ebendieser Norm entsprachen, zwangsläufig versagen. Zu diesem Ergebnis kommt die Autorin letztlich selbst, aber erst nach einer umständlichen und unergiebigem Diskussion der Besonderheit der Frauenkriminalität, die zur Erklärung weiblicher Täterschaft im Nationalsozialismus dienen soll, jedoch lediglich in die

Erkenntnis mündet, dass es einen geschlechtsspezifischen Unterschied nicht gibt; die kriminologischen Theorien zur Täterschaft der Frau können die von Frauen begangenen NS-Verbrechen eben nicht erklären. Somit werden schließlich die bereits zu Beginn diskutierten Theorien zur NS-Täterschaft herangezogen, von denen zuvor behauptet wurde, dass sie allein Verbrechen durch männliche Täter erklären könnten, um nun doch weibliche wie männliche Täterschaft im Nationalsozialismus begreiflich zu machen. Die These von der Banalität des Bösen ist letztlich geschlechtsspezifisch neutral.

Leider kommt die Dissertation des Weiteren mit einer Vielzahl an orthographischen Fehlern daher. Ebenso negativ fällt die wechselnde Formatierung auf, die den Text auf manchen Seiten ohne erkennbaren Grund linksbündig anordnet.

Patrick Stellbrink, Heinrich-Zille-Straße 4, 09111 Chemnitz.



Rudolf Boch, Rainer Karlsch (Hg.), Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex. Band 1: Studien, 699 S., Band 2: Dokumente, 387 S., Berlin 2011 (Links Verlag).

Ein Autorenkollektiv unter der Leitung der Herausgeber Rudolf Boch und Rainer Karlsch hat ein zweibändiges Werk zum Uranbergbau im Kalten Krieg vorgelegt. Die Autoren beleuchten das Thema aus unterschiedlichsten Aspekten und gehen über das vom Titel abgesteckte Feld weit hinaus. Die Autoren haben deutsche und russische Archive ausgewertet.

Im Beitrag von Wladimir W. Sacharow wird die Entwicklung der sowjetischen Atomforschung und -nutzung beleuchtet. Schon während des 2. Weltkrieges fielen erste Entscheidungen zu deren Aufbau. Von Anfang an hingen sie, wie auch in den USA, von Entscheidungen und Aufträgen der Staatsführung ab, und von Anfang an waren sie von der Furcht geprägt, Deutschland könnte auf diesem Gebiet einen Vorsprung erlangen. Der militärische Gesichtspunkt bestimmte wie in nur wenigen anderen Bereichen das Denken und Handeln der Verantwortlichen auf beiden Seiten.

Auch wenn sich die Furcht vor Deutschland bald erledigt hatte, blieb die begründete Angst vor der Überlegenheit des bisherigen Partners in der Anti-Hitler-Koalition ein bestimmendes Motiv. Der Kalte Krieg bestimmte das Handeln. Dabei war die Ausgangslage im Vergleich zu den USA mehr als bescheiden. Unter der Leitung von Lawrenti P. Berija und Boris L. Wannikow entstanden förmlich aus dem Nichts Industriebetriebe, Forschungslabore und Reaktoren. Es berührt den Leser, wenn er die Zahl der Häftlinge erfährt, die unter

unmenschlichen Bedingungen die Pläne umsetzen mussten. Nach dem Sieg über das deutsche KZ-System mit seinen unterirdischen Rüstungsbetrieben setzte sich die Zwangsarbeit im Siegerstaat Sowjetunion nahtlos fort. In der Zeit zwischen 1945 und 1949 waren von 680 000 Beschäftigten 241 000 Häftlinge. Auch der finanzielle Aufwand der Sowjets war gigantisch. Etwa ein Viertel der gesamten Mittel, die für die Streitkräfte zur Verfügung standen, flossen in das Atomprojekt.

Uranvorkommen sind auf der Welt relativ selten. Bekannt waren im Einflussbereich der SU nur die Lagerstätten im Erzgebirge. Auch in den anderen Ostblockstaaten wurde gesucht. Die Lagerstätten in Bulgarien und Polen erwiesen sich als weit weniger ergiebig. In den Jahren bis 1950 betrug die Förderung in der Sowjetunion selbst 1072 Tonnen Uranerz, während allein die Wismut-Betriebe 2479 Tonnen lieferten. Bei diesen Zahlen muss man berücksichtigen, dass Natururan nur zu etwa 0,7 Prozent aus spaltbarem ^{235}U besteht. Hinsichtlich der Kosten war die Wismut besonders günstig. Eine Ursache dafür war die kostenlose Lieferung in der Zeit von 1946 bis 1954 – als Reparationsleistung. Die Dominanz der Wismut bei der Urangewinnung reicht bis in die Mitte der 1960er Jahre. Danach geht der Anteil an der Gesamtförderung spürbar zurück und macht 1990 nur noch 16 Prozent aus.

Rainer Karlsch vergleicht in seinem Beitrag den Uranbergbau in Ost und West. Die USA konnten auf die Vorkommen in Afrika, Kanada und die eigenen Lagerstätten zurückgreifen. Bereits 1944 wurde ein amerikanisch-britisch-belgischer Uranvertrag geschlossen. Damit erreichte man den Zugriff auf die besten und billigsten Uranvorkommen der Welt. Die Interessen Belgiens und erst recht die der kolonialen Gebiete hatten zurückzutreten. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre rückte Südafrika auf den ersten Platz der Uranlieferanten Afrikas. Daneben spielte Kanada eine bedeutende Rolle, wo 1955 bereits 1000 t Uranoxid gewonnen wurden. 1960 erreichte die Uranproduktion in den USA selbst die höchste Quote in der gesamten westlichen Welt.

Vergleicht man die Abbaubedingungen, so werden die Unterschiede schnell sichtbar. In der Sowjetunion entstanden regelrechte Uran-GULags. In den russischen Uranminen um Magadan waren 1948 mehr als 6000 Menschen tätig, zu 80 Prozent Zwangsarbeiter. Was arbeiten in diesen Bergwerken bedeutete, wusste man, denn es wurden gezielt solche Menschen ausgewählt, die von vornherein nicht mehr ins normale Leben zurückkehren sollten.

Der Autor untersucht in seiner Studie auch den Gesundheits- und Strahlenschutz. Dabei treten Gemeinsamkeiten auf. Sowohl in den afrikanischen Minen als auch in den USA wurde diesen Fragen nur eine geringe Aufmerksamkeit zuteil. Wie bei der Wismut hatte die Produktion Vorrang. Weiterhin ist beiden Seiten gemeinsam: Sie hatten nur ein geringes Interesse daran, dass in den Lieferländern eine eigene Atomindustrie entstehen konnte.

Gerhard Barkleit untersucht das Sicherheitsregime bei der Wismut. Das Sicherheitsverständnis und die Geheimhaltung nahmen oft groteske Züge an

und wurden nie hinterfragt. Mehr noch, der Besitz und die Weiterentwicklung der Atomwaffen wurden als Garantie für den Frieden propagandistisch aufgewertet.

Während in der Sowjetunion und auch in der CSR in den Bergwerken GULagartige Bedingungen herrschten, wichen die Zustände im deutschen Erzgebirge wesentlich davon ab. Das war nicht das Verdienst der Russen, sondern dem gewerkschaftlichen Engagement der Bergleute geschuldet. Ein Aspekt, der an mehreren Stellen des Bandes herausgearbeitet wird und einen Beitrag zur differenzierten Betrachtung der Nachkriegsgeschichte darstellt.

Die besondere Situation der Wismut spiegelte sich in vielen Doppelstrukturen. Das MfS und der KGB wachten über die Geheimhaltung, kontrollierten die Beschäftigten und die Erfüllung der Planvorgaben. Besonderen Wert legten die Sicherheitsdienste auf die Einhaltung der Passierscheinbestimmungen. Schon geringe Vergehen führten zu Verhaftungen. Der Autor ermittelte in russischen Archiven, was mit jenen Beschäftigten geschah, die nach Moskau verschleppt wurden: 67 von ihnen wurden erschossen. Dass es kein ordentliches Verfahren gab, muss nicht betont werden. Ab den 1950er Jahren wuchs die Rolle des MfS, das in den 1960er und 1970er Jahren ca. 1 500 Spitzel einsetzte. Obwohl das Interesse der westlichen Dienste an Informationen über und aus der Wismut nachgelassen hatte, glaubte das MfS auch weiterhin überall den „Gegner“ abwehren zu müssen.

Burghard Cisla befasst sich in seinem Beitrag mit der SED-Gebietsorganisation. Der Anteil der SED-Mitglieder war in den Wismut-Betrieben besonders hoch. Waren es 1953 zunächst nur ca. 11 Prozent, so stieg der Anteil bis 1961 auf etwa 40 Prozent. 1957 gab es 21 800 SED-Mitglieder. Die Stichprobe für das Ronneburger Revier in dem Beitrag von J. Schütterle ergab jedoch nur einen Anteil von 26,3 Prozent.

Michael Meissners Beitrag „Schichtende“ behandelt die letzten Jahre der SDAG Wismut und die beginnende Sanierung nach 1990. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gab es auf der sowjetischen Seite Überlegungen, die Uranproduktion in der DDR ganz einzustellen. Das letzte Erz wurde am 1. März 1991 gefördert. Die Frage bestand, wer für die Sanierung und die Folgekosten aufkommt. Glaubte die russische Seite, mit einigen Millionen das Problem lösen zu können, gingen die deutschen Experten von einem zweistelligen Milliardenbetrag aus. Mit dem Wismut-Gesetz vom 18.12.1991 wurde aus der SDAG eine GmbH mit dem Eigentümer Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Damit wurde das vorerst letzte Kapitel der Wismutgeschichte eingeläutet.

Die zweite Hälfte des Bandes befasst sich mit der Sozial- und Alltagsgeschichte. Die Beiträge ermöglichen interessante Einsichten und Erkenntnisse, weil die Besonderheiten und Parallelen zu anderen Bereichen und Betrieben in der DDR erkennbar werden. Juliane Schütterle untersucht, wie die Wismut, die „zunächst unter nahezu straflagerähnlichen Verhältnissen funktionierte, zu einem der attraktivsten Arbeitsplätze auf dem Gebiet der DDR“ wurde. (S. 399)

Anfangs wurden die Arbeitskräfte geradezu zwangsverpflichtet. Bis 1948 wuchs die Belegschaft auf über 100 000. Jedoch bis zu 50 000 Menschen entzogen sich durch Flucht in den Westen einer Einstellung. Ab 1947 setzte die Sozialpolitik ein. Eine Ursache sieht die Autorin im Einfluss der Gewerkschaft IG Bergbau Sachsen. Es wurden großzügige Lohnzuschläge von bis zu 40 Prozent gezahlt. Weitere Leistungszulagen ermöglichten Spitzenlöhne bis zu 4 000 Mark, was in keinem anderen Bereich der damaligen SBZ/DDR zu verdienen war. Hinzu konnten Sachprämien kommen, die in einer Zeit akuten Mangels sicher sehr begehrt waren. Ein besonderes Privileg war der Wohnungsbau für Beschäftigte der Wismut. Der Bedarf war besonders groß, kleine Gemeinden explodierten geradezu durch den großen Zuzug. In anderen Gebieten der DDR setzte der Wohnungsbau erst viel später ein.

Da auch die Regelungen für den Umgang mit Personalunterlagen bei der Wismut von der übrigen Wirtschaft abwichen und in den Archiven die „Kaderakten“ noch weitgehend vorhanden sind, konnte Juliane Schütterle eine soziologische Analyse der Belegschaft vorlegen. Sie stellt eine relativ starke Fluktuation fest: Jeder Vierte blieb nur zwei Jahre im Betrieb. Das mag aber auch darauf zurückzuführen sein, dass nach der Berufsausbildung nicht alle Lehrlinge bei der Wismut blieben. Der Frauenanteil der Stichprobe lag bei 12 Prozent.

Elke Scherstjanoi legt eine Studie zur Situation weiblicher Mitarbeiterinnen vor, die im zweiten Teil auf narrativen Selbstzeugnissen beruht. Es wurden von der Autorin 25 Frauen nach beruflichen Entwicklungswegen, gesellschaftlichen Orientierungen und der privaten Situation befragt. Es ist gelungen, ihre Sicht sehr authentisch wiederzugeben und damit manches Klischee durch eine differenziertere Darstellung zu ersetzen.

Tatiana Timofeewa untersucht das Alltagsleben der sowjetischen Spezialisten und Militärs. Das ist ein besonders interessanter Aspekt, weil es dazu bisher in der Literatur nur wenige Veröffentlichungen gibt. Heute mag es überraschen, wie isoliert das Leben der „Russen“ war. Dennoch wurde es von ihnen als Privileg oder Auszeichnung empfunden, im Ausland arbeiten zu dürfen. Bei aller Abschottung erlangten sie doch Eindrücke von dem deutlich besseren Leben in der DDR, gemessen an der Situation in der Sowjetunion. 1950 waren es 10 000 Männer und Frauen. Ihre Zahl sank ab den 1960er Jahren auf weniger als 500. Bei aller propagandistisch verkündeten deutsch-sowjetischen Freundschaft war eine strikte Trennung außerhalb der Arbeitszeit die Realität. In der gesamten Wismut-Zeit wurde z. B. nicht eine deutsch-russische Ehe geschlossen. Organisierte „Freundschaftstreffen“ blieben oberflächliche Begegnungen. Die Drohung, nach Hause geschickt zu werden, erwies sich als wirkungsvoll.

Abschließend ist für das Gesamtwerk die gute Nutzbarkeit hervorzuheben. Das einleitende Kapitel und die Resümees für die Einzelbeiträge erleichtern die Orientierung sehr. Das gilt auch für das umfangreiche Literaturverzeichnis.

Der 387 Seiten umfassende zweite Band beinhaltet eine Dokumentensammlung. Es werden wesentliche Quellen zur Wismutgeschichte veröffentlicht. Sehr

viele stammen aus russischen Archiven und liegen hier erstmalig auf Deutsch vor. Ergänzt werden sie durch Dokumente aus deutschen Archiven, die bisher meist noch nicht veröffentlicht wurden. Damit erhalten die Leser die Möglichkeit ein authentisches Bild zu gewinnen. Nicht nur Fachhistoriker, sondern auch andere Interessierte und nicht zuletzt Geschichtslehrer und Schüler bekommen vielschichtiges Material in die Hand. Möge es intensiv genutzt werden.

Hans-Wilhelm Berenbruch, Georgswalder Str. 30, 02730 Ebersbach-Neugersdorf.



Karin Schmidt, Zur Frage der Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR, Hildesheim 2011 (Olms Verlag), 529 S.

Veröffentlichungen zum Strafvollzug in der DDR gibt es inzwischen zahlreich. Während immer noch die „große“ Erzählung über „das“ Strafvollzugswesen der DDR fehlt, befassen sich die meisten Studien mit Teilbereichen oder -aspekten des Themas, wie dem Vollzug an politischen Gefangenen,¹ den Arbeitslagern,² einzelnen Haftanstalten³ oder dem „Sondervollzug“ beim MfS.⁴ Allen Studien gemeinsam ist, dass sie zwangsläufig stets einen Themenbereich wenigstens touchieren: den des Arbeitseinsatzes

Gefangener im DDR-Strafvollzug, der faktisch allgegenwärtig war.

Mit Karin Schmidt nimmt sich nun eine Juristin diesen Arbeitseinsatz Strafgefangener vor. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, die „Pflicht zur Arbeit“ im Strafvollzug der DDR mit den Instrumentarien des Juristen und auch Historikers zu untersuchen, zu verorten und letztendlich die Frage zu beantworten, ob man im Falle des Arbeitseinsatzes Strafgefangener in der DDR von Zwangsarbeit sprechen kann.

Die Verfasserin holt zur Beantwortung dieser Frage weit aus. In einem ersten Teil widmet sie sich der Zeit nach 1945 bis Anfang der 1950er Jahre, bevor sie sich auf theoretischer Ebene mit der „Arbeit im Sozialismus“ beschäftigt. Spannend wird es im folgenden Teil, wenn es um Zwangsarbeit und Haftzwangsarbeit geht. Der letztgenannte Begriff wurde maßgeblich von Jürgen Schmidt-Pohl, einem ehemaligen Inhaftierten, in die Diskussion eingebracht. Ziel war es, die

- 1 Grundlegend immer noch Gerhard Finn/Karl Wilhelm Fricke, Politischer Strafvollzug in der DDR, Köln 1981.
- 2 Marcus Sonntag, Die Arbeitslager in der DDR, Essen 2011.
- 3 Z. B. Jens Borchert, Erziehung im DDR-Strafvollzug. Theoretische und gesetzliche Grundlagen sowie die Durchführung in der Strafvollzugseinrichtung Torgau, Herbolzheim 2002.
- 4 Z.B. Peter Erler, Arbeitslager X. Das Haftarbeitslager des MfS in Berlin-Hohenschönhausen. In: Horch und Guck, 6 (1997), S. 33–41.

Zwangsarbeit wohlgermerkt der politischen, nicht der übrigen Gefangenen in der DDR als solche zu kennzeichnen und sie doch gleichzeitig von der Zwangsarbeit im NS-Staat zu trennen. Autorin wie Rezensent stimmen allerdings darin überein, dass dieser Begriff problematisch ist; er verengt die Perspektive auf die politischen Gefangenen und schließt z. B. als Hausarbeiter eingesetzte Gefängnisinsassen aus.

Im Folgenden widmet sich Karin Schmidt sehr detailliert der sozialistischen Strafgesetzgebung sowie den staatlichen Organen und Abläufen in der Strafrechtspflege. Letztere vergleicht sie auch mit derjenigen im Rechtsstaat und kommt so zwangsläufig zu der Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war. Nach Abwägen des Für und Wider bleibt sie zunächst leider eine klare Antwort schuldig. Ihr Versäumnis wird erst auf S. 318 in der Schlussbetrachtung nachgeholt: Sie stimmt dieser Einschätzung vorsichtig zu.

Im siebten Kapitel schildert die Juristin vornehmlich anhand der Entwicklung der Vollzugsordnungen und Strafvollzugsgesetze in der DDR die Evolution des ostdeutschen Strafvollzuges, bevor sie im achten Kapitel auf ihr zentrales Anliegen, den Arbeitseinsatz im Strafvollzug der DDR, zu sprechen kommt. Wie in den anderen Kapiteln hält sie sich auch hier an die gesetzlich und verordnungsmäßig „genormten“ Regelungen des DDR-Vollzugswesens. Immer wieder vermag sie aber über die Arbeit mit historischen Quellen sowie insbesondere durch Zeitzeugeninterviews diese Perspektive zu erweitern bzw. zu hinterfragen und Widersprüche offen zu legen. So werden im neunten Kapitel Alltag und Arbeitseinsatz in ausgewählten Vollzugsanstalten veranschaulicht. An dieser Stelle sei der Einwand vorgebracht, dass es sich, wie in anderen Darstellungen, um gerade solche Vollzugsanstalten handelt, die in besonders auffallender Form rechtsstaatlichen Ansprüchen nicht genügten – und zwar mit Blick auf Vollzugsalltag *und* Arbeitseinsatz. Damit ist die Aussagekraft der Analyse begrenzt. Zudem wird den Ausführungen der Zeitzeugen an mancher Stelle etwas unkritisch Glauben geschenkt. Im folgenden zehnten Kapitel vermag Karin Schmidt dann die Bedeutung der Haftarbeit für die marode Staatswirtschaft zu verdeutlichen. Ihre Ausführungen sind eindrucklich und interessant, aber leider nicht ganz neu.⁵

Bis hierher handelt es sich um eine grundsolide Arbeit, die aber leider in mancher Hinsicht viel Altbekanntes zusammenfasst und wenig Überraschendes bie-

5 Vgl. Henrik Eberle, GULag DDR? Ökonomische Aspekte des Strafvollzuges in den 50er und 60er Jahren. In: Heiner Timmermann (Hg.), Die DDR – Recht und Justiz als politisches Instrument, Berlin 2000, S. 111–140; Uwe Bastian/Hildigund Neubert, Schamlos ausgebeutet. Das System der Haftzwangsarbeit politischer Gefangener des SED-Staates, Berlin 2003; Justus Vesting, „Mit dem Mut zum gesunden Risiko“. Die Arbeitsbedingungen von Strafgefangenen und Bausoldaten in den Betrieben der Region Bitterfeld, Buna und Leuna unter besonderer Berücksichtigung des VEB Chemiekombinat Bitterfeld, Magdeburg 2003; ders., „Das sind ja nur Strafgefangene“. Zwangsarbeit im Chemiedreieck der DDR. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 16/2004, S. 90–104; ders., „Da habe ich gedacht, das sind lauter wandeln-

tet, sieht man von der immer wieder eingebrachten Zeitzeugenperspektive, vor allem auch von ehemaligen SV-Bediensteten, einmal ab. Wie in anderen Veröffentlichungen wirft aber diese Perspektive vor allem ein Licht auf die Erfahrungen einiger ausgewählter ehemaliger politischer Gefangener. Deren Erinnerungen sollen in ihrem Wert nicht gemindert werden, jedoch lassen sie die Erlebnisse krimineller Gefangener außen vor. Dass letztere von den oft unsäglichsten Arbeitsbedingungen im DDR-Strafvollzug aber ebenso betroffen waren, kann die Verfasserin im elften Kapitel zeigen, das Neues für den Leser bereithält. Zwangsarbeit im Strafvollzug der DDR traf nicht nur Personen, die nach bundesdeutschen Maßstäben zu Unrecht verurteilt wurden und im Gefängnis arbeiten mussten; auch die Arbeitsplätze krimineller Gefangener orientierten sich selten an internationalen Standards und Normen, denen sich die DDR wenigstens auf dem Papier verpflichtet hatte. Ebenso widersprach die Unterwerfung des gesamten Vollzugswesens unter die Zwänge der kranken Ökonomie in eklatanter Weise internationalen (westlichen!) Gepflogenheiten. Politische und kriminelle Gefangene im DDR-Strafvollzug wurden zudem oft nicht angemessen vergütet, ihre Arbeitskraft ausgebeutet. Man kann also aus gutem Grund von Zwangsarbeit im DDR-Strafvollzug sprechen, um Karin Schmidts Fazit auf den Punkt zu bringen. Was hat das aber für Folgen, fragt man sich unwillkürlich? Muss der Bund folglich für eine Entschädigung der ehemaligen DDR-Zwangsarbeiter sorgen? Die Diskussion dieser Frage, etwa zum Abschluss des Bandes, wäre gewinnbringend gewesen.

Insgesamt handelt es sich bei der Dissertation von Karin Schmidt um eine gelungene Arbeit, die man zukünftig bei der Beschäftigung mit dem DDR-Strafvollzug stets zur Hand nehmen sollte. Dennoch sei auf einige Aspekte hingewiesen, die aus Sicht des Rezensenten fehlen. Eine Erweiterung des Blickwinkels auf die Geschichte des (deutsch-)deutschen Strafvollzuges sowie auf internationale Verfahrensweisen und Praktiken sucht man vergebens; auch andernorts genügte das Gefängniswesen internationalen Standards vorrangig auf dem Papier, auch andernorts existierten und existieren Willkür und Zwangsarbeit. Man fragt sich auch nach der Lektüre, was nun das Besondere an der Zwangsarbeit im DDR-Vollzugswesen war. Ebenso, so könnte man argumentieren, wurden in der DDR im Allgemeinen Menschen wider Willen zur Arbeit verpflichtet, tagtäglich mussten Personen an veralteten und gefährlichen Anlagen arbeiten. Leisteten auch sie Zwangsarbeit? Die Zuspitzung der Analyse auf solche Fragen und deren rechtskundliche Erklärung hätte sich der Rezensent gewünscht. Insgesamt wäre so vielleicht die Arbeit in mancher Hinsicht kürzer ausfallen. Zugespielt formulierte Thesen bzw. zusammenfassende Einschätzungen und Bewertungen wären bei der Lektüre hilfreich gewesen. Schließlich hätte man auch vor

de Leichen“. Haftzwangsarbeit in Bitterfeld. In: Horch und Guck, 17 (2008) 2, S. 32–35; Clemens Heitmann/Marcus Sonntag, Einsatz in der Produktion. Soldaten und Strafgefangene als Stützen der DDR-Staatswirtschaft. In: DA, 42 (2009) 3, S. 451–458; dies., Kumpel aus dem Knast. In: Sächsisches Archivblatt, 1/2009, S. 20–22.

dem Hintergrund des hohen Preises von 78.- Euro seitens des Verlages den Verzicht auf einen derart umfassenden Anhang mit Zeitzeugeninterviews etc. in Erwägung ziehen können.

Marcus Sonntag, Lexisstr. 7, 12435 Berlin.



Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker, Dutschkes Deutschland. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund, die nationale Frage und die DDR-Kritik von links, Essen 2011 (Klartext Verlag), 317 S.

Rudi Dutschke, ein aus der DDR geflüchteter „Studentenführer“ und eine charismatische Persönlichkeit, zog viele Anhänger in seinen Bann, und selbst dessen Gegner erlagen mitunter seiner Faszinationskraft. Viele Studien beziehen sich auf ihn; der Titel dieses Buches kommt freilich einem Etikettenschwindel gleich. Nur ein kurzes Kapitel analysiert Dutschkes Haltung zur deutschen Frage. Für den NVA-Wehrdienst-Verweigerer war die „deutsche Frage“ nicht tot.

Er hielt an der Einheit Deutschlands fest – durch Herausdrängung der Sowjetunion und der USA. Die Autoren beziehen sich u. a. auf eine (leider nur auszugsweise wiedergegebene) Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Reichstag vom Juni 1979, auf der Dutschke die „Status quo“-Politiker heftig kritisiert hatte (S. 246–275). Durch seinen Tod am Heiligabend 1979 – der epileptische Anfall in der Badewanne war eine Spätfolge des Attentats vom April 1968 – „verlor die antiautoritäre Linke im damals noch gespaltenen Deutschland ihren einzigen selbstbewussten Vordenker, Patrioten und Internationalisten“ (S. 125). Die Autoren überschätzen mit dieser These die nationale Dimension und spielen die revolutionäre Attitüde Dutschkes stark herunter. Dieser fungierte keineswegs als Repräsentant eines „freiheitlichen demokratischen Sozialismus“ (S. 112), wie Fichter und Lönnendonker meinen – jedenfalls nicht Ende der 1960er Jahre. Ein Jahrzehnt später fand er Anschluss an die Grünen, deren Gründung bevorstand.

Wiedervereinigung ist nicht gleich Wiedervereinigung. Vor 60 Jahren, am 10. März 1952, hatte Stalin den Westmächten die Wiedervereinigung eines neutralen und bewaffneten (nicht „unbewaffneten“, wie es heißt) Deutschland angeboten. Die Autoren werfen Adenauer vor, die Note – ohne Prüfung – flugs als „Störmanöver“ bezeichnet zu haben. „Er strebte zunächst eine Schwächung des protestantischen preußischen Blocks im deutschen Parteiensystem an, um so eine süddeutsch-katholische Dominanz im bürgerlichen Lager abzusichern. Sein strategisches Ziel war die langfristige Westorientierung Deutschlands und eine Rekonstruktion des durch die enge Zusammenarbeit mit den Nazis diskreditierten Kapitalismus“ (S. 48). Ist das nicht ein gerüttelt Maß an Geschichtsklitte-

rung? Der 10. März 1952 – er war wohl keine verpasste Chance! Hingegen heißt es, 1989/90 habe keine „klassische Revolution“ stattgefunden – „stattdessen votierte die Mehrheit für die DM und für einen Anschluss an das Kohl-Deutschland“ (S. 112). Aber schließt das eine das andere aus?

Das Autorenduo, das selbst den Reihen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes entstammt, hat sich schon in früheren Publikationen mit der Geschichte des SDS intensiv auseinandergesetzt.¹ Diesmal wird in einem ersten Kapitel der SPD-nahe SDS in den 1950er Jahren charakterisiert (Helmut Schmidt fungierte als Bundesvorsitzender 1947/48 für die britische Zone), in einem zweiten, nach dem von der SPD erlassenen Unvereinbarkeitsbeschluss (1961), der „autonome SDS und die DDR“. Kritikwürdig sind bei allem Informationsreichtum zwei Punkte: Zum einen war die Richtung, die sich an der DDR orientierte, im SDS stärker als geschildert; zum zweiten trat der „autonome SDS“ zwar als scharfer Kritiker der DDR auf, doch die Motivation war vielfach nicht freiheitlicher, sondern revolutionärer Natur. Lebensgeschichtlich verständlich heißt es: „So gelang dem SDS das in den 1960er Jahren fast Unmögliche, nämlich im Schatten der Mauer und angesichts der Toten an der Grenze ein positives, von Geheimdienstintrigen freies Bild von einem freiheitlichen Sozialismus jenseits des herrschenden Antikommunismus und Stalinismus zu etablieren“ (S. 90). Gewiss, der SDS entzog sich weithin erfolgreich einer Unterwanderung durch das Ministerium für Staatssicherheit – insofern ist die Kritik an der scharfen Kritik Hubertus Knabes, wie er sie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geübt hat,² durchaus berechtigt. Sie war der Anlass für diesen Band –, doch fehlt es der Kernthese von einem „freiheitlichen Sozialismus“ des SDS an Plausibilität. Im Bestreben, Legenden zu entlarven, etablieren die Autoren neue. So ist die Ablehnung der DDR durch den „autonomen SDS“ schärfer als die der SPD, sie war aber nicht von einem freiheitlichen Geist inspiriert, sondern „antiimperialistischer“ Natur.

Die Kritik am Status quo-Denken vieler linker Gruppen in den 1970er und 1980er Jahren ist berechtigt, so an der Haltung der West-Grünen, die sich erst am Tag nach der Bundestagswahl 1990 mit den Ost-Grünen vereinigt hatten und auf diese Weise nicht ins Parlament gelangt waren (wegen des Scheiterns an der Fünfprozenthürde). Allerdings hätte der Einzug der West-Grünen in den Bun-

1 Vgl. etwa Tilman P. Fichter, SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei, Opladen 1988; Tilman P. Fichter/Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke, 4. Auflage Essen 2007; Siegward Lönnendonker/Bernd Rabehl/Jochen Staadt, Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD. Band 1: 1960–1967, Wiesbaden 2002.

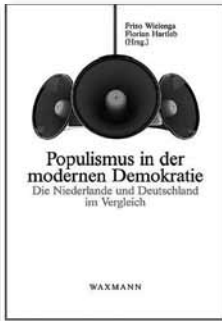
2 Vgl. Hubertus Knabe, „Ein sehr bedauerlicher Unglücksfall“. Der Fall Kurras lenkt die Aufmerksamkeit auf Versuche der DDR-Staatssicherheit, die Studentenbewegung ohne Einflussagenten zielgerichtet zu unterwandern. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Juni 2009. Siehe generell ders., Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Berlin 1999; ders., Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien, Berlin 2001.

destag keineswegs „gravierende Folgen für die Mehrheitsverhältnisse und Koalitionsmöglichkeiten“ (S. 128) ausgelöst, lag doch eine klare christlich-liberale Mandatsmehrheit vor.

Die zwei Vorworte von Rolf Schneider, einem Dissidenten aus der DDR, und Christian Semler, einem „Dissidenten“ aus der Bundesrepublik Deutschland (er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der maoistischen KPD), sind aufschlussreich. Schneider nennt das SED-SPD-„Papier“ von 1987 „Der Streit der Kulturen und die gemeinsame Sicherheit“ ein Dokument, das „zum Sturz des Spätstalinismus in Ostdeutschland und damit zum Ende der DDR beigetragen“ (S. 13) hat. Semler kritisiert in seinem Vorwort dagegen zu Recht die (nicht auf das „Grundsatzpapier“ gemünzte) Auffassung: *post hoc ergo propter hoc*. Nicht deshalb, weil etwas später geschah, muss das Vorhergehende dafür verantwortlich gewesen sein. So ist es!

Der Dokumentationsteil, mehr als die Hälfte des Bandes einnehmend (S. 137–300), bietet eine Reihe erkenntnisreicher, zum Teil in Vergessenheit geratener Zeugnisse – etwa von Rudi Dutschke. Er ruft einerseits eine Zeit in Erinnerung, in der die SPD antikommunistischer als die Union war (erste Hälfte der 1960er Jahre), und andererseits eine Zeit, in der der „autonome SDS“ die Sowjetunion und die USA gleichermaßen attackierte (in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre). Dieser „autonome SDS“ mit seinem revolutionären Impetus kommt zu gut weg. Auch wer den „dritten Weg“ der Autoren nicht teilen mag: Das anekdotenreiche Buch ist ungeachtet der etwas heterogenen Anlage und mancher Einseitigkeiten (soll man sagen: „Lebenslügen“?) mit Herzblut und lebendig geschrieben.

Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz.



Friso Wielenga/Florian Hartleb (Hg.), *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster 2011 (Waxmann), 244 S.

In besonders bewegten Zeiten wie diesen sind die gemäßigten Parteien als Seismographen und Kompass besonders gefordert: Je weniger Vertrauen sie in der aktuellen Phase gravierender Veränderungen und grassierender Verunsicherungen genießen, je weniger sie komplexe Sachverhalte sowohl ausgewogen als auch allgemeinverständlich artikulieren, desto stärker können populistische Kräfte davon profitieren. Umso wichtiger ist der aktuelle Sammelband „Populismus in der modernen Demokratie“. Zunächst leistet er einen Beitrag zur Definition des Begriffs Populismus. Das ist eine bedeutsame Aufgabe. Denn je präziser der Begriff definiert ist, desto leichter lässt er sich vor inflationärem Gebrauch schützen.

Der „Populismus“-Begriff gehört ähnlich wie „Demokratie“ und „Extremismus“ zu den häufig gebrauchten, aber bislang selten präzisierten Termini der politischen Sprache. Wie viele andere Termini leidet er unter übermäßigem Gebrauch und mangelnder Definition („overuse and underdefinition“). Anders als Extremismus, der stets demokratiefeindlich ist, gibt es sowohl antidemokratischen als auch demokratiekompatiblen „Populismus“. Zwar mischen sich Extremismus und Populismus bisweilen. Doch Extremisten agieren und agitieren eher als antidemokratische „Überzeugungstäter“, Populisten eher als (nicht-)extremistische Opportunisten. Üblicherweise präsentieren sich populistische Formationen als Eliten feindliche Anti-Parteien-Bewegungen mit charismatischer Leitfigur. Auftrieb spüren sie normalerweise in besonders komplizierten Zeiten, wenn die Sehnsucht nach einfachen Lösungen wächst.

Populisten beider Richtungen versuchen deswegen, die gordischen Knoten moderner Politik mit dem Schwert vereinfachter Lösungen zu durchschlagen. Normalerweise verbreiten Populisten diverse Halbwahrheiten, die schwerer zu widerlegen sind als glatte Lügen. Vor allem Normalbürger gelten bei Populisten als tugendhaft. Sie mutieren bei Populisten von vermeintlich bloßen Opfern der Politik zu dem angeblich (einzig) legitimen Subjekt der öffentlichen Angelegenheiten. „Der Trick des Populismus besteht darin, sich als demokratisch, volksnah und volkstümlich hinzustellen und dadurch alles, was differenzierter ist als die angebliche ‚Volksmeinung‘, also vor allem intellektuelle Kritik, als elitär, und das heißt undemokratisch, volksfeindlich erscheinen zu lassen. So erscheinen die schrecklichen Vereinfacher als Herolde des Volkswillens und die intellektuellen Differenzierer und Analytiker als ‚Volksfeinde‘“, bemerkte Friedhelm Lövenich bereits 1989.

Gemeinhin nutzen beziehungsweise schüren Populisten (altdeutsche) Parteienverachtung, bezeichnen Politik pauschal als „schmutziges“ statt schwieriges Geschäft, kritisieren die (angebliche) Abgehobenheit, Verkommenheit und

Inkompetenz aller anderen Politiker und geben sich besonders volksnah und demokratisch. Sie zielen auf eine Einheit von Regierenden und Regierten, übergehen Minderheitsrechte, äußern sich kompromissfeindlich und bezeichnen das Gemeinwohl als vorgegeben. Üblicherweise idealisieren sie sich und das „Volk“ als „sauber“ und „kompetent“, artikulieren und dramatisieren Missstände, erheben fast ausschließlich populäre Forderungen, ignorieren Sachzwänge und konzentrieren sich monomanisch auf wenige politische Themen. Normalerweise bevorzugen sie vereinfachte Diagnosen und Therapien. Meist arbeiten sie mit Feindbildern und Verschwörungslegenden. Gemeinhin appellieren sie an niedere Instinkte. Gern jonglieren sie mit Ressentiments. Vielfach spekulieren sie auf die Verführ- und Verhetzbarkeit ihres Wählerpotentials. Häufig verwandeln sie Unterschiede zwischen „oben und unten“ in Gegensätze. Immer wieder reden sie ihrem eher unpolitischen Wählerpotential nach dem Munde. Konsequenterweise vernachlässigen sie die Mühen politischer Überzeugungsarbeit.

Freilich muss ein bürgernaher Politiker, der eine populäre Forderung erhebt und demonstrative Distanz zum herkömmlichen Politikbetrieb artikuliert, allein deshalb selbstverständlich noch lange kein Populist sein – wesentlich ist die Dosis; die Adjektive „populär“ und „populistisch“ unterscheiden sich. Andernfalls wären fast alle demokratischen Politiker zumindest teilweise Populisten. Das aber hieße, den Populismus-Begriff – in der praktischen Anwendung – zu entgrenzen und zu verwässern, wie es im Band streckenweise geschieht. Damit mutierte der Populismus-Begriff zum nutzlosen Wieselwort.

Hervorzuheben ist der übernational vergleichende Charakter des Bandes. Ein solcher Ansatz kann sehr fruchtbar sein. Denn Vergleiche helfen, einerseits Ähnlichkeiten zu verdeutlichen, andererseits aber auch das Spezifische, Besondere, Charakteristische und Eigentümliche eines politischen Phänomens herauszuarbeiten. Dadurch können sie dazu beitragen, die Konturen ihrer Objekte zu schärfen. Indem die Politikwissenschaft durch (inter-)nationale Vergleiche jeweils Ähnlichkeiten und Unterschiede abwägt, gewinnt sie ein genaueres Bild von der politischen Wirklichkeit. Insofern können Vergleiche davor bewahren, einzelne Beobachtungen zu verabsolutieren. Walther Rathenau befand gar: „Denken heißt Vergleichen“.

Wer sich kategorisch gegen Vergleiche wendet, plädiert für künstliche „Intelligenzbegrenzung“, meinte bereits vor einigen Jahren der Historiker Egon Flaig: „Das Vergleichen dürfte [...] die maßgebliche Operation sein, um zu differenzieren. Vergleichend gewinnen wir differenzierte Vorstellungen [...]. Nicht einmal das Absolute ist unvergleichlich. Viele Intellektuelle und Nichtintellektuelle beharren darauf, dieser Sachverhalt oder jenes Ereignis seien unvergleichlich [...]. Nichts ist unvergleichlich [...]. Notwendigerweise ist in der Welt [...] alles relativ, nichts absolut [...]. Wer relativiert, leugnet nicht, sondern erfüllt seine wissenschaftliche Pflicht, das Existierende in Beziehungen zu setzen. Einen Vorgang oder eine Sache zu verabsolutieren, heißt sie von ihren Kontexten zu

isolieren, aus ihrer relationalen Einbettung herauszureißen.“¹ Auch wenn nur horizontale (Länder-Vergleiche), vertikale (Zeit-Vergleiche) und sektorale Vergleiche (Themen-Vergleiche) die Chance geben, eine angebliche „Unvergleichlichkeit“ zu widerlegen: Erst hinreichende Übereinstimmungen ermöglichen es, tiefer gehende Vergleiche vorzunehmen – andernfalls wären Vergleiche unergiebig und unsinnig.

Zu den bemerkenswerten Beiträgen im Band gehört die Analyse von Frank Decker, der sich seit längerer Zeit mit dem Thema Populismus in vergleichender Perspektive befasst. Seine Ausführungen über das Spannungsverhältnis von Demokratie und Populismus münden in einem Plädoyer für mehr plebiszitäre Elemente in der Bundesrepublik als Mittel gegen Populismus. Freilich, in der Schweiz haben plebiszitäre Elemente den Aufstieg des Populisten Blocher zumindest nicht verhindert, wahrscheinlich sogar eher gefördert. Auch ist die Beteiligung an Plebisziten oft noch geringer als bei Wahlen, gerade die Partizipation des Prekariats, das mitunter stark zu (Rechts-)Populismus und zum Extremismus neigt. Deshalb verwundert Deckers Optimismus, mit dem er mehr plebiszitäre Elemente gegen populistische Strömungen fordert. Wenn Decker die Abgehobenheit gemäßigter Parteien kritisiert, ist zu fragen, ob sie mitunter nicht viel stärker unter einer Demoskopiehörigkeit leiden (Gegenbeispiele: Euro, Zuwanderungspolitik). Insgesamt bietet der Band eine gute Grundlage und viele hilfreiche Ansätze für eine vertiefte Analyse des Populismus. Er gibt erste aufschlussreiche Antworten auf die Frage, unter welchen Bedingungen Populisten eher scheitern oder reüssieren.

Harald Bergsdorf, Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf.

1 Egon Flaig, Das Unvergleichliche, hier wird's Ereignis. Reflexion über die moralisch erzwungene Verdummung. In: Merkur, (2007) 10, S. 978 ff.